

**CDU**

Rendsburg-Eckernförde

1 **Beschluss des Kreisparteitages**
2 **der CDU Rendsburg-Eckernförde am 17.11.2015**

3

4 ***Flüchtlingskrise erfolgreich bewältigen***

5 Die Flüchtlingskrise stellt uns vor die größte nationale Herausforderung seit der deutschen
6 Wiedervereinigung. Bis zu einer Million Menschen werden bis Jahresende in der Hoffnung auf
7 Zuflucht, Schutz und Wohlstand zu uns nach Deutschland kommen. Nicht alle werden dauerhaft
8 hier bleiben können. Ohne den unermüdlichen Einsatz der Menschen vor Ort, getragen durch
9 ein beispielloses ehrenamtliches Engagement, könnten wir diese Situation nicht bewältigen. Wir
10 wissen jedoch auch um die Ängste der Menschen, die Sorge haben, dass der unbegrenzte
11 Zustrom nach Deutschland nicht mehr zu bewältigen sein könnte.

12 Gemeinsam müssen Bund, Land und Kommunen alles in ihrer Macht Stehende tun, um unserer
13 Verantwortung gegenüber den Menschen, unseren Bürgern, wie auch den Flüchtlingen gerecht
14 zu werden.

15 Weder das Grundgesetz noch die Genfer Flüchtlingskonvention kennen eine Obergrenze für
16 Flüchtlinge. Sehr wohl sind jedoch unsere Kapazitäten vor Ort, um Flüchtlinge zu erfassen,
17 unterzubringen, zu versorgen und bei uns zu integrieren, begrenzt. Wir begrüßen daher das von
18 der Bundesregierung beschlossene Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, mit dem die Anzahl
19 der sicheren Herkunftsländer um die EU-Beitrittskandidaten auf dem Balkan erweitert und
20 falsche Anreize für erfolglose Asylanträge aus diesen Ländern massiv reduziert wurden.
21 Asylbewerber ohne Bleibeperspektive müssen ab sofort während der Dauer ihres Verfahrens in
22 der Erstaufnahmeeinrichtung verbleiben und bekommen überwiegend Sachleistungen statt
23 Bargeld.

24 Darüber hinaus stellt der Bund den Kommunen für dieses Jahr zwei Milliarden Euro und für das
25 kommende Jahr noch einmal 3,7 Milliarden Euro zur Bewältigung der Krise zur Verfügung. Um
26 eine Kontrolle über die Flüchtlingsströme zu gewährleisten, werden nun Grenzkontrollen
27 durchgeführt.

28

29 ***Darüber hinaus fordern wir vom Bund:***

30 Ein stärkeres europäisches Engagement und neue diplomatische Initiativen zur Befriedung der
31 für die Flüchtlingsströme verantwortlichen Krisenherde. Auch eine Verlängerung des ISAF-
32 Mandats in Afghanistan steht dabei zur Diskussion.

- 33 • Mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zur Stabilisierung der Krisenstaaten.
- 34 • Einen stärkeren Einsatz Außenminister Steinmeiers, die Drittländer der Region vor allem
35 die Golfstaaten, zu einem verantwortungsvollen Engagement für die Flüchtlinge zu
36 überzeugen, um diese von ihrer lebensgefährlichen Flucht nach Europa abzuhalten.
- 37 • Ein stärkeres Engagement für den Schutz der europäischen Außengrenzen. Ein Europa,
38 dessen Mitgliedstaaten sich durch Mauern und Stacheldrähten voneinander abschotten,
39 entspricht nicht unserem Bild von Europa. Gemeinsam mit der Türkei brauchen wir
40 schnellstmöglich eine Sicherung der Seegrenze mit Griechenland.
- 41 • Eine bessere Ausstattung der EU-Grenzschutzagentur Frontex sowie eine Fortführung
42 der EU-Mission EUNAVFOR-MED.
- 43 • Eine stärkere europäische Solidarität und ein dauerhafter und verlässlicher
44 Verteilungsschlüssel innerhalb der Mitgliedstaaten. Dazu gehören auch gemeinsame
45 europäische Asylstandards. Jedes Mitgliedsland der Europäischen Union muss sich seiner
46 Verantwortung stellen.
- 47 • Eine erneute Diskussion über die Schaffung von Asylzentren an den Außengrenzen der
48 EU, um einen Verteilungsschlüssel konsequent durchsetzen zu können.
- 49 • Eine weiter verbesserte Personalausstattung des Bundesamtes für Flüchtlinge und
50 Migration sowie eine Optimierung der Prozesse und vor allem der technischen
51 Ressourcen in Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit.
- 52 • Die bereits zugesagten 2 Mrd. Euro und die ab 2016 zugesagten 670,00 Euro pro Person
53 müssen erhöht werden, um die Kommunen dauerhaft in die Lage zu versetzen, den
54 Aufgaben angemessen gerecht zu werden, ohne dabei kommunale Abgaben erhöhen
55 oder Leistungen vor Ort einschränken zu müssen.

56
57 Neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen für die der Bund in der Asyl- und
58 Flüchtlingspolitik Verantwortung trägt, ist vor allem das Land für die Umsetzung der
59 innenpolitischen Maßnahmen zuständig. Bisher zeigt sich die Schleswig-Holsteinische
60 Landesregierung in vielen Bereichen überfordert.

61 Schnellstmöglich muss die Landesregierung für ausreichende Plätze und eine angemessene
62 Versorgung bei den Erstaufnahmeeinrichtungen sorgen und endlich damit beginnen, abgelehnte
63 Asylbewerber konsequent und zügig abzuschieben. Falls für eine effektive Rückführung von
64 Personen ohne Aufenthaltsrecht erforderlich, muss die Landesregierung auch den Einsatz von
65 Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam ermöglichen. Einen pauschalen Winterabschiebestopp
66 wie in den vergangenen Jahren darf es nicht mehr geben. Vor diesem Hintergrund erachten wir
67 die Einrichtung von gesonderten Aufnahmeeinrichtungen und Ausreisezentren für
68 Asylbewerber ohne Bleibeperspektive für sinnvoll.

69

70 ***Darüber hinaus fordern wir vom Land:***

- 71 • Die Belastungen der Landespolizei durch die Aufgaben bei der Flüchtlingshilfe
72 abzubauen und von einer weiteren Stellenreduzierung bei der Polizei abzusehen.
- 73 • Die Kapazitäten der Verwaltungsgerichte zu erhöhen, um zügig über die Klagen vom
74 Bundesamt für Flüchtlinge und Migration abgelehnten Asylanträge entscheiden zu
75 können. Darüber hinaus muss der Einsatz von Richtern direkt an den zu schaffenden
76 Ausreisezentren ermöglicht werden.
- 77 • Ein Förderprogramm zur Errichtung kommunaler Gemeinschaftsunterkünfte aufzulegen
78 und die bisherigen Standards für Mindest- und Maximalgrößen in Abstimmung mit den
79 Kommunen anzupassen.
- 80 • Die bereits gezahlten und noch folgenden Gelder des Bundes uneingeschränkt an die
81 Kommunen weiterzuleiten. Die CDU-Landtagsfraktion wird aufgefordert, den in dieser
82 Sache bereits eingeschlagenen Kurs beizubehalten und die Kommunen in Ihren
83 Bemühungen um einen fairen finanziellen Ausgleich weiterhin zu unterstützen.
- 84 • Die Zuweisungen an die Kommunen müssen transparent, planbar und verlässlich sowie in
85 Absprache mit den Kommunen geschehen.
- 86 • Die Durchsetzung rechtstaatlicher Ordnung mittels konsequenter Registrierung der
87 ankommenden Flüchtlinge, um der unkontrollierten Reisebewegung von Flüchtlingen
88 durch Europa Einhalt zu gebieten.
- 89 • Voraussetzungen zu schaffen, um vorrangig diejenigen Flüchtlinge zu integrieren, die
90 Perspektive auf ein Bleiberecht haben. Eine umfassende schulische, berufliche und
91 soziale Integration muss von Anbeginn erfolgen, um Kriminalität vorzubeugen.

92

93

94 **Einstimmig beschlossen auf dem Kreisparteitag der**

95 **CDU Rendsburg-Eckernförde am 17.11.2015**